

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 646 ppbn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Mitglied des SPD-Vorstandes, zum Münchner Parteitag: Die SPD faßt Tritt.
Seite 1

Wolfgang Clement sieht im Münchner Parteitag den Beweis der Entschlußfähigkeit der SPD: Neue Nistplätze für etliche Auguren.
Seite 3

Helmut Rothmund MdL erläutert, warum die SPD in der Regierungsverantwortung bleiben muß; Wer ist hier machtdurstig?
Seite 4

Annemarie Renger MdB begrüßt den Rückzug Israels vom Sinai; Zeichen der Hoffnung. Seite 6

Alfred Emmerlich erläutert den Stand der Beratungen zum Asylverfahrensgesetz: Im Mai im Bundestag.
Seite 8

37. Jahrgang / 78

26. April 1982

Die SPD faßt Tritt

Zum Münchner Parteitag der SPD

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin

Selten ist ein SPD-Parteitag mit solcher Aufmerksamkeit und so unterschiedlichen Prognosen erwartet worden wie der, der Freitag in München zu Ende ging. Während die einen - und das war nicht gerade die Minderheit der beobachtenden Kommentatoren - voraussagten, die Partei werde ihre Schwierigkeiten noch vermehren und sich endgültig zerstreiten, waren die anderen der Meinung, es würde der SPD einmal mehr gelingen, in einer kritischen Situation zusammenzurücken und das Tief der letzten Monate überwinden.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Optimisten haben Recht behalten. Gewiß: Vor der Partei liegt noch eine lange Wegstrecke voller Probleme und Hindernisse. Die Gefahr plötzlicher Bedrängnisse ist noch keineswegs gebannt. Aber der Parteitag hat das geleistet, was er überhaupt zu leisten vermochte. Er hat Entscheidungen zur Sache und zur Person getroffen; er hat in vielerlei Beziehungen die Atmosphäre gereinigt; und er hat der Partei ein Stück der Meinungsführerschaft zurückgegeben, ohne die das Vertrauen der Wählerschaft nicht zurückgewonnen werden kann.

Das gilt für die drei großen Themen, die den Parteitag beherrschten. In der Sicherheits- und Friedensfrage ist der Beschluß des Berliner Parteitages in seiner Substanz bestätigt worden. Es ist die Auffassung klar in der Mehrheit geblieben, daß jede substantielle Änderung innen- und außenpolitisch zusätzliche Unsicherheit schaffen, die Entwicklung unberechenbarer machen und uns des konstruktiven Einflusses berauben würde, den Helmut Schmidt bisher - übrigens gerade auch auf dem Hintergrund der deutschen und internationalen Friedensbewegung - auf das Zustandekommen und den Fortgang von Verhandlungen nehmen konnte. Und völlig unstrittig war, daß dieser Einfluß auch künftig genutzt werden muß, um zunächst zu einem Ende des Rüstungswettlaufes



der Weltmächte und dann zur Verminderung der nuklearen Waffen beizutragen. Bestätigt wurde auch, daß es keinen Automatismus der Stationierung geben kann, sondern daß der Verhandlungsstand im Herbst 1983 neuerdings geprüft werden muß.

In der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik hat der Parteitag sozialdemokratische Positionen deutlich markiert. Diese Position unterscheidet sich von dem konservativen Konzept, das in Großbritannien die Schwierigkeiten dramatisch verschärft hat. Sie unterscheidet sich ebenso von dem Konzept der Union, dessen erkennbare Elemente eine bemerkenswerte Nähe zur Politik von Frau Thatcher aufweisen. Auch zwischen den Vorstellungen der FDP und dem Beschluß des Parteitages bestehen nicht zu übersehende Unterschiede, in welchem Umfang der Staat auch im wirtschaftspolitischen Bereich und insbesondere bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit zum vollen Engagement und zum Einsatz seiner verfassungsmäßigen Möglichkeiten verpflichtet ist. Entgegen manchen Kommentaren und Darstellungen ging den Entscheidungen des Parteitages keine Rechts-Links-Kontroverse und erst recht keine ideologische Kontroverse voraus. Die verschiedenen Anträge wichen vielmehr nur in Nuancen voneinander ab.

In der Kernenergiefrage hat die Mehrheit des Bundesparteitages die ursprüngliche Fassung des Leitantes des Parteivorstandes wiederhergestellt. Die SPD ist also der Auffassung, daß unter sehr strengen Voraussetzungen auch künftig mit dem Bau eines neuen Kernkraftwerkes begonnen werden kann. Der Zeitpunkt, in dem endgültig über die Schließung der einen oder anderen Option entschieden werden muß, ist aber mit Sicherheit ein Stück näher gerückt. Auch hat sich die Bedeutung des Entsorgungsproblems noch weiter in den Vordergrund geschoben.

Die Personalentscheidungen sind ebenfalls mit großer Mehrheit getroffen worden. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Johannes Rau als Parteispitze und auch Peter Glotz als Bundesgeschäftsführer haben gute und in sich schlüssige Mehrheiten erhalten. Und bei der Wahl der Vorstandsmitglieder insgesamt gab weniger die Richtungsnahe als die Kooperationsfähigkeit des Gremiums den Ausschlag. Zu bedauern ist, daß sich die Zahl der Frauen im Vorstand um eine vermindert hat. Das muß beim nächsten Parteitag korrigiert werden.

Noch etwas war bemerkenswert. Nämlich das starke Echo, das die Einladung an Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften fand, ihre Vertrauensarbeit auf dem Parteitag im Rahmen einer Ausstellung darzustellen. Über 70 Gruppen haben sich an dieser Ausstellung beteiligt. Vier von ihnen wurden mit dem Wilhelm-Dröschner-Preis ausgezeichnet. Die Ausstellung hat gezeigt, was an Leben, an Aktivität, an Phantasie, an praktischer Solidarität, an Hilfsbereitschaft - ja, man darf wohl sagen, an politischer Kultur - in der Partei steckt. Und daß die sozialdemokratische Parteleben nicht nur eine intellektuelle Zweckverbindung ist, sondern auch eine Geschichts-, Gefühls- und Gesinnungsgemeinschaft, die ihren Mitgliedern Halt und Orientierung gibt. Der Parteitag von München hat es leichter gemacht, daß die Partei dies auch in Zukunft zu leisten vermag. (-/26.4.1982/vo-he/ca)

+

+

+



Neue Nistplätze für etliche Auguren

Münchener Parteitag Beweis der Entschlußfähigkeit der SPD

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Nach dem Parteitag der SPD heißt es undenken für all jene, die ihre Drehbücher und Szenarien für eine Abmeldung der Sozialdemokratie aus der politischen Führung der Bundesrepublik bereits fix und fertig wähten. Die Münchner Beratungen und Beschlüsse haben ungezählte Prognostiker und Schwarzmalerei Lügen gestraft, von der Opposition eh zu schweigen. Etliche der Bonner Auguren müssen sich neue Nistplätze suchen. Denn dies sind einige der politischen Fakten, die die Szene veränderten:

Erstens: Die SPD hat ihren Führungsanspruch für die Bundesrepublik bekräftigt. Es hat in München nicht einen gegeben, der bestätigt hätte, was so viele Beobachter vorab gewußt haben wollten, nämlich daß sich in der Sozialdemokratie die Sehnsucht nach einer Rückkehr in die Opposition breitmache. Mit der "großen Zerreißprobe" war es nichts, die Partei ist politisch wie emotional spürbar zusammengedrückt. Das ist keinem der Zuhörer in der Olympiahalle, dem sein objektives Urteilsvermögen nicht völlig abhandengekommen ist, entgangen.

Zweitens: Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in München die Rückenstärkung erfahren, die er benötigt, um die Politik der Bundesregierung zum Erfolg zu führen. Am deutlichsten ist das in der Friedens- und Sicherheitspolitik geworden. Wo sind sie geblieben, die in den Monaten vor diesem Parteitag aus jeder lokalen oder regionalen Konferenz der SPD eine Schicksalsfrage für den Bonner Regierungschef machten? Stattdessen hat in München eine sicherheitspolitische Diskussion stattgefunden, auf die wir wegen ihres Engagements für Frieden und Abrüstung stolz sind, die in ihrer Ernsthaftigkeit die Raketenzähler in den Reihen der CDU/CSU tief beschämen mußte, und die in ihren Ergebnissen klarer ausfiel, als es die FDP - gemessen an ihrem eigenen Kölner Bundesparteitag - erwartet haben dürfte.

Drittens: Die SPD hat ihren Willen zur Fortsetzung der Koalition mit der FDP unmißverständlich unterstrichen, und - mehr als das - neue Wege aufgezeigt, auf denen das sozialliberale Bündnis wieder auf Erfolgskurs gelangen kann. Bemerkenswerterweise hat dies als erster der Oppositionsführer Helmut Kohl zur Kenntnis genommen. Wenn er das Gerade seines Generalsekretärs über Neuwahlen jetzt öffentlich als "Traum" abtut, dann hat das nicht nur mit der eindeutigen Verfassungslage zu tun, sondern dies ist auch eine Konsequenz von München: Der Traum ist aus, die Sozialdemokraten würden sich, mir nichts, dir nichts, aus der Regierungsmacht verabschieden. Die Zeit der Spekulation ist vorbei, die SPD tritt gekräftigt in den politischen Wettbewerb der Ideen und Initiativen zur Lösung der drängenden Gegenwartsfragen ein. Die Opposition ist gefordert, sich endlich, endlich der Sachkontroverse zu stellen. Ansonsten wird sie sich darauf einzurichten haben, daß wir die neu-konservativen Gewaltkuren als Heilmittel für die Beschäftigungslage künftig unmißverständlich beim Namen nennen und die Sonthofener Krisenpolitik in all ihrer Verantwortungslosigkeit kennzeichnen werden.

Zum Erfolg der Koalition gehört freilich, daß die Partner jetzt die Phase der Beteuerung der eigenen Unschuld und des "An-uns-wird-das-Bündnis-nicht-scheitern" hinter sich bringen und sich wieder auf die Chancen der gemeinsamen Gestaltung von Politik konzentrieren. Die Fragestellung für die Koalition muß sein, was gemeinsam vorangebracht werden kann, und nicht, was trennt und voraussichtlich auch künftig unterschiedlich beantwortet werden wird.

Es ist richtig und entspricht haargenau unseren Ankündigungen: Die SPD hat in München ihre Rolle als die Partei der Arbeit herausgearbeitet. Das unterscheidet uns von allen unseren Konkurrenten, zumal seit die Sozialausschüsse in der Union auf Tauchstation gehen mußten. Doch wer argumentieren möchte, der in den beschäftigungspolitischen Beschlüssen von München enthaltene Bezug auf den Orientierungsrahmen '85 sowie die einschlägigen Parteitagebeschlüsse von 1977 und 1979 sei koalitionsgefährdend, der muß sich erinnern lassen, daß die Koalition zu jenen Zeiten besser dastand als in den vergangenen Monaten. Dies belegt: Klare politische Konturen der beiden Partner müssen der Zusammenarbeit nicht schaden, sondern können sie fördern, wenn sie nicht gegeneinander verwandt, sondern zur Erweiterung des politischen Ansprechpotentials genutzt werden.

Im Übrigen enthalten die wirtschaftspolitischen Beschlüsse ebenso wie die "Münchner Erklärung" des SPD-Vorsitzenden eine Vielzahl von konkreten gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten für die Koalition: Von der Arbeitszeitfrage über die Mitbestimmung bis zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, in der Energie- und Umweltpolitik, von Konsolidierungsmaßnahmen in den sozialen Sicherheitssystemen bis zur Ausländerproblematik. Die SPD hat in München ihre Entschlußfähigkeit unter Beweis gestellt. Die Koalition wird daraus Nutzen ziehen, wenn jetzt beide Partner ohne Haken und Ösen den Willen zum gemeinsamen Erfolg einbringen.

(-/26.4.1982/ks/oa)

Wer ist hier machtdurstig?

Warum die SPD in der Regierungsverantwortung bleiben muß

Von Dr. Helmut Rothmund MdL

Vorsitzender der bayerischen SPD und der SPD-Landtagsfraktion

Mitglied des SPD-Vorstandes

Die "Bayerische Staatszeitung" ist, da sie nur sehr wenige bezahlte Anzeigen hat, zweifellos ein Zuschußunternehmen, jedenfalls ein verkapptes; denn die meisten Abonnenten sind Behörden und öffentliche Institutionen. Die Kosten für diese Abonnements werden letztlich von den Steuerzahlern getragen, ebenso wie alle Steuerzahler die vielen anderen sehr aufwendigen Publikationen der Staatsregierung finanzieren. Man könnte daher erwarten, daß alle parlamentarischen Repräsentanten der Steuerzahler, also nicht nur die der CSU, sondern auch der SPD und FDP, in diesen Publikationen angemessen vertreten sind oder jedenfalls fair behandelt werden. In der Praxis erleben wir jedoch, daß die Staatsregierung mit dem Geld aller Steuerzahler Pamphlete gegen Auffassungen der parlamentarischen Opposition, genannt sei hier nur das Thema Gesamtschule, finanziert.

Die "Bayerische Staatszeitung" hat es in den vergangenen Wochen zwar fertiggebracht, das Thema Langemann, das immerhin zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses führte, praktisch totzuschweigen oder jedenfalls nur in winzigen Meldungen zu registrieren. Gleichwohl stehe ich nicht an, der "Bayerischen Staatszeitung" eine gewisse Zurückhaltung in einseitiger Kritik an der Opposition zu bestätigen. Auch ist anzuerkennen, daß im "Forum der Fraktionen" alternierend auch die Opposition unzensuriert zu Worte kommt.

Bedauerlicherweise scheint jedoch nunmehr auch die "Bayerische Staatszeitung" angesichts des bevorstehenden Landtagswahlkampfes - oder auch in Anpassung an die inbrünstige Sehnsucht von Strauß, in Bonn endlich wieder an die Macht zu kommen - ihre vergleichsweise sachliche Linie verlassen zu wollen. In der jüngsten Ausgabe der Staatszeitung (vom 16. April) fand sich auf der ersten Seite ein dreispaltiger Artikel mit der Überschrift "Wille zur Erhaltung der Bonner Macht stärkste Klammer der Sozialdemokraten?", den ich nur als polemisch bezeichnen kann.

Der Autor dieses Artikels hatte leider nicht den Mut, seinen Namen darunterzuschreiben. An dem anonymen Schreibprodukt fällt weiterhin auf, daß es nicht als Kommentar gekennzeichnet ist, sondern - in Irreführung des Lesers - den Eindruck eines objektiven Vortrags über den Münchner SPD-Bundesparteitag erweckt. Weiterhin ist offenkundig, daß die Redaktion den Beitrag durch Überschrift und Zwischenzeilen noch erheblich verschärft hat. Die Überschrift wird durch den Text nicht getragen, da im Text nirgendwo von der "stärksten Klammer" die Rede ist. Auch der Zwischentitel "Verschiebung der Kräfte nach links", der beim flüchtigen Leser den Eindruck erweckt, die SPD rücke als Ganze nach links, wird durch den Text nicht gedeckt; da steht von einer Verschiebung nach links nichts drin. Insgesamt hat der namenlose Autor meines Erachtens eine ziemlich substanzlose, von der Redaktion noch aufpolierte, Polemik zu Papier gebracht.

Was hängen bleibt, ist der durch die Überschrift suggerierte Eindruck, die SPD sei schlicht machtbesessen, ordne dieser Eigenschaft alles unter und verrate um der Macht willen womöglich sogar wichtige Prinzipien. Natürlich kann - und wird wohl - erwidert werden, aus der Überschrift sei dies nicht zu entnehmen, ende sie doch sogar mit einem Fragezeichen. Mich kann das nicht beirren. Wenn die Redaktion nicht weiß, wie ihre Überschrift auf den Normalleser wirkt, kann ihr nur Naivität bescheinigt werden. Ich weiß jedoch aus persönlicher Kenntnis der Redaktionsleitung, daß diese so blauäugig nicht ist.

Zur Sache: Der Münchner SPD-Bundesparteitag hat jedem, der keine Scheuklappen trägt gezeigt, daß es der Sozialdemokratischen Partei wahrhaftig nicht um die bloße Macht geht, sondern um die Bewältigung der Probleme unserer schwierigen Zeit. Man könnte eher die gegenteilige These aufstellen: Der SPD fehlt es manchmal an Machtwillen, Teile der SPD stellen ihr Bedürfnis, kontrovers zu diskutieren, so weit über alles andere, daß die Erhaltung der Regierungsverantwortung gelegentlich gefährdet erscheint und der Eindruck entsteht, die SPD sei zum geschlossenen Handeln nicht mehr fähig.

Die SPD ist alles andere als eine zynische Machtpartei, sie ist die ehrlichste Partei, die man sich denken kann. Da wird nicht um der Macht willen zugekleistert, da werden abweichende Meinungen nicht untergebuttert. In dieser Partei gibt es disziplinarische Maßnahmen nur dann, wenn Mitglieder notorisch gegen ihre eigene Partei und ihre Repräsentanten ankämpfen und sich damit selbst außerhalb der Partei stellen. Die SPD spiegelt getreu die auch bei den Bürgern vorhandenen und diskutierten Meinungsunterschiede wider. Es widerspräche dem Wesen dieser grunddemokratischen Partei, stromlinienförmig vorge-setzte Meinungen nachzubeten und ansonsten den Mund zu halten.

Welcher Unsinn es ist, der SPD zu unterstellen, sie sei nichts als ein machtbesessenes Kartell, zeigte sich vergangene Woche besonders deutlich in den Reden von Willy Brandt und Helmut Schmidt sowie in den zahlreichen Diskussionbeiträgen dazu. Das Ringen um die richtigen Lösungen war für jeden unvoreingenommenen Beobachter als Grundmotiv erkennbar. Wer, welche Partei sollte mit solcher Gründlichkeit, mit solchem Engagement die Probleme unserer Zeit diskutieren, wenn nicht diese SPD? Mich ängstigt der Gedanke, daß eine Partei wie die CSU in Bonn maßgeblich wäre, die es gewohnt ist, mal brutal, mal augen-zwinkernd, alle ungenehmen Meinungen vom Tisch zu fegen. Die SPD ist mit ihrer Offenheit für verschiedene Meinungen ein Garant für unsere Demokratie.

Es geht der SPD nicht um die Macht als solche, sozusagen als Wert an sich, es geht darum, in Bonn weiterhin sozialdemokratische Politik zu machen oder wenigstens sozialliberale, soweit Kompromisse mit der FDP unabweisbar sind.

In manchen Medien wird seit Monaten nahezu täglich das bevorstehende Ende der Koalition prophezeit. Die Bonner Koalition läßt sich jedoch nicht "totschreiben". Kanzler Helmut Schmidt verfügt über bessere Nerven als viele mutmaßen.

Schon gar nicht wird es der Union gelingen, sich an die Macht in Bonn zu schreien. Es nimmt allmählich komische bis groteske Züge an, wie Strauß, Kohl und Co. sich täglich in immer neuen Formulierungsverrenkungen üben, um zu beweisen, daß jetzt ein Wechsel fällig sei. Sie merken nicht, daß ihnen, während sie mit hängender Zunge hinter der Macht herhecheln, der Atem ausgeht. Ich kann Strauß nur dringend empfehlen, lieber das bayerische Haus in Ordnung zu bringen und sich beispielsweise um die Affäre Langemann zu kümmern, in der erschreckende Mißstände im hochempfindlichen Sicherheitsbereich offenbar geworden sind.

Jawohl, die SPD will an der "Macht" bleiben: Weil ein Strauß nicht an die Macht kommen darf, der in unserem Land wieder frühkapitalistische Methoden á la Reagan und Thatcher einführen würde, der die Kleinen schröpfen und die Großen subventionieren würde, der statt der Entspannungspolitik eine kalt-kriegerische Hochrüstungspolitik betreiben würde, der das CSU-Modell von Illiberalität, insbesondere gegenüber der Jugend, auf ganz Deutschland übertragen würde. Die SPD will an der "Macht" bleiben, weil der innere und äußere Frieden mit ihr besser gesichert bleibt.

Der Münchner SPD-Bundesparteitag hat mit seinen Beschlüssen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, zur Friedens- und Sicherheitspolitik, zur Energiepolitik und zu einer Reihe anderer Fragen entscheidende Akzente für eine kraftvolle Fortführung sozialdemokratischer Politik gesetzt. Vor allem wurde auf diesem Parteitag deutlich, daß für die Sozialdemokraten das Schicksal der Arbeitslosen und das Wohlergehen der Arbeitnehmer absolute Priorität im politischen Handeln hat. (-/26.4.1982/hi/ca)

+ + +



Zeichen der Hoffnung

Die Rückgabe des Sinai ist ein Unterpfand für dauerhafte Aussöhnung

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

In einer Welt, in der allen Friedensbeteuerungen zum Trotz das Gesetz der Macht und das Kalkül des Vorteils herrschen, ist die Rückgabe der Sinaihalbinsel durch Israel ein Zeichen der Hoffnung und ein Unterpfand für die dauerhafte Aussöhnung zweier Völker, die fast ein Menschenalter in Feindschaft und Krieg gelebt haben. Wer sich an die vielen zweifelnden Stimmen erinnert, die den Abschluß des Camp David Vertrages begleitet haben, wird heute mit Genugtuung feststellen, daß eine große Vision über Kleingläubigkeit oder Haß gesiegt hat.

Der Friede hat vor allem drei Väter:

- eine entschlossene und unermüdliche Vermittlung der Vereinigten Staaten, die als Weltmacht die Sicherheitsgarantien geben konnten, ohne die Israel, aber auch Ägypten nicht hätten handeln können;
- die Weitsicht und Kraft von Staatspräsident Sadat, der um den Preis vorübergehender Isolation den Kreislauf der Zerstörung und Konfrontation für sein Land durchbrochen und dafür mit dem Leben gezahlt hat;
- vor allem aber die Bereitschaft Israels, nach zweimal enttäuschem Vertrauen mit der Räumung des Sinai nun zum drittenmal eine Vorleistung auf dauerhafte Versöhnung zu erbringen.

Soweit Europa einen Beitrag leisten konnte, bestand und besteht er in der Unterstützung des Camp-David-Abkommens, die in der Beteiligung an der multinationalen Friedenstruppe sichtbar wird sowie in der auch künftig gültigen Einsicht, daß Nahost-Initiativen ohne Anstoß durch die direkt beteiligten Parteien und ohne umfassende Konsultation aller betroffenen Staaten nicht hilfreich sein können.

Die Vorleistung Israels wiegt schwer. Sie besteht in der Aufgabe eines strategischen Vorteils, im Verzicht auf bedeutende Ölquellen trotz großer energiewirtschaftlicher Abhängigkeit sowie in den menschlichen und materiellen Opfern der Umsiedlung. Sie besteht aber vor allem auch in der Besorgnis, ob Ägypten, nachdem es selbst vom Friedensvertrag



alles erreicht hat, sein Interesse an der Fortsetzung des Camp David Prozesses bewahrt oder auf Kosten israelischer Interessen seine Rückkehr ins "arabische Lager" betreibt. Beide Seiten wissen, daß in der Palästinenserfrage ihre Vorstellungen über das Endziel der gegenwärtigen Verhandlungen verschieden sind, daß Ägypten die Autonomie als Korridor eines künftigen Palästinenserstaates begreift, während Israel sie als Staatsersatz versteht. Die Autonomieverhandlungen selbst sind daran nicht gescheitert und der Ernst des ägyptischen Friedenswillens nach der Rückgabe des Sinai wird auch daran gemessen werden, ob die Führung des Landes gemeinsam mit Israel bestrebt bleibt, die volle Autonomie für die Palästinenser im Einklang mit den Rahmenbedingungen von Camp David und in Blickrichtung auf eine umfassende Friedenslösung im Nahen Osten zu erzielen.

Eine erste Probe wird die nach dem 25. April angekündigte Initiative Ägyptens sein, zumal der Plan, der unlängst der blockfreien Konferenz in Kuwait vorgelegt wurde, in seiner Forderung nach einem Palästinenserstaat weder auf Camp David noch auf die darin vorgesehene Autonomie Bezug genommen hat. Es ist bekannt, daß Israel einen solchen Staat entschieden ablehnt. Umso größer ist die Verantwortung Ägyptens, daß der Impuls des Friedens für die gesamte Region nicht durch Verhärtung einander ausschließender Maximalpositionen vertan wird.

Auf dem Münchner Parteitag der SPD hat Chaim Bar-Lev, Generalsekretär der Israelischen Arbeiterpartei, den Friedensprozeß mit Ägypten als ein Vorbild bezeichnet, um auch anderweitig Vertrauen aufzubauen. Wenn es nicht möglich sei, durch die jordanische Lösung zum dauerhaften Kompromißfrieden zu gelangen, müßten provisorische Lösungen wie die Autonomie oder ein anderes Interimsabkommen die Bahn zueinander ebnen. Die Bereitschaft der ägyptischen Führung, undogmatische Wege Schritt für Schritt zu gehen, legt es nahe, daß sie sich derartigen Gedankengängen auch künftig nicht verschließt. Die Bekundung, den Friedensprozeß mit Israel nicht der arabischen Versöhnung opfern zu wollen, ist umso glaubwürdiger, als nicht zuletzt durch den Golfkrieg und das Vordringen der Sowjetunion das Interesse zumindest der gemäßigten arabischen Staaten groß ist, die Isolierung Ägyptens auch ohne Bedingungen zu beenden.

Israel beweist mit der Räumung des Sinai, daß es in territorialen Fragen kompromißfähig sein kann, wenn sein Existenzrecht nicht mehr angetastet wird. Die in einer Politik des fait accompli vorgenommenen Annektionen und Siedlungsmaßnahmen sind - so kritisch sie gesehen werden müssen - eine Reaktion auf die erklärte Todfeindschaft, der Israel an seiner östlichen und nördlichen Grenze begegnet. Der Waffenstillstandsbruch zum Libanon, der die Sinai-Rückgabe verdunkelt, ist auch eine Antwort auf die dortige Aufrüstung der PLO mit sowjetischen schweren Waffen und das Vordringen Syriens. Die Politik Israels in diesen Grenzen steht also nicht im Widerspruch zur Räumung des Sinai, sondern ist eine Konsequenz der traurigen Wahrheit, daß Haß erntet, wer Haß sät.

Zwei Beobachtungen der letzten Wochen sind bewegend. Die eine ist die Verwirklichung des Jugendaustausch-Programms zwischen Israel und Ägypten. Junge Ägypter haben Israel bereist, den Alltag des Landes kennengelernt und mit israelischen Altersgenossen diskutiert. Ein entsprechender Gegenbesuch ist erfolgt, um die Mauern zwischen beiden Völkern abzutragen und den Frieden zwischen den Staaten zu einem Frieden zwischen den Menschen auszubauen.

Die andere Beobachtung ist die, daß die Auseinandersetzungen in der Westbank und im Gaza-Streifen immer mehr von der ganz jungen Generation der 18jährigen geführt werden. Israelische Soldaten und Palästinenser, allesamt soeben dem Kindesalter entwachsen, bekämpften sich mit Schüssen und Steinen in nie gekannter Radikalität und Feindseligkeit.

Selten werden die widersprüchlichen Fähigkeiten des Menschen zum Frieden und zur Todfeindschaft so sichtbar, wie in diesem Vergleich. Der mit der Rückgabe des Sinai erzielte Frieden darf deshalb nicht begrenzt bleiben. Er gewinnt erst einen vollen Sinn für alle Konfliktparteien, wenn er in die gesamte Region ausstrahlt.

(-/26.4.1982/hi/ca)

+ + +



Im Mai Asylverfahrensgesetz

Zum Stand der Beratungen zum Asylverfahrensgesetz

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Bundestag wird voraussichtlich im Mai ein Asylverfahrensgesetz beschließen. Dadurch sollen das Verwaltungsverfahren und das verwaltungsgerichtliche Verfahren in Asylsachen dauerhaft so geregelt werden, daß den Besonderheiten dieser Verfahren Rechnung getragen wird und alle verfahrensrechtlichen Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren ausgeschöpft werden.

Welche Möglichkeiten der Bundesgesetzgeber hat und welche Grenzen ihm gesetzt sind, darüber gibt es Unklarheiten und Mißverständnisse. Ihnen muß entgegengetreten werden.

Nach Artikel 16 Grundgesetz (GG) genießen politisch Verfolgte in der Bundesrepublik Asylrecht. Dieses Grundrecht auf Asyl wird von der Verfassung vorbehaltlos gewährt. Sein Inhalt steht nicht zur Disposition des Gesetzgebers. Es könnte nur durch Verfassungsänderung modifiziert werden. Eine derartige Verfassungsänderung ist bisher von niemandem, dem ein Initiativrecht zusteht, vorgeschlagen worden.

Der Gesetzgeber ist nur befugt zu regeln, wie bei einem Antrag auf Asyl verfahren wird. Selbst für diese auf das Verfahren beschränkte Regelungsbefugnis gibt es verfassungsrechtliche Grenzen. Nach Artikel 19 GG steht auch dem Asylbewerber der Rechtsweg offen. Das heißt, der Asylbewerber hat einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Überprüfung einer Verwaltungsentscheidung, durch die sein Asylantrag abgelehnt wird, durch ein ordentliches Gericht in einem allen rechtsstaatlichen Ansprüchen genügenden gerichtlichen Verfahren. Ein Asylverfahrensgesetz, das den Asylanten eine solche volle gerichtliche Überprüfung de jure oder de facto nehmen würde, dürfte vor dem Bundesverfassungsgericht mit Rücksicht auf Artikel 19 GG kaum bestanden haben.

Nach Artikel 93 GG kann der Asylbewerber sich an das Bundesverfassungsgericht wenden mit der Behauptung, seine Grundrechte oder seine grundrechtsgleichen Rechte seien verletzt. Eine solche Verfassungsbeschwerde kann von einem Asylverfahrensgesetz nicht ausgeschlossen werden. Nach dem geltenden Ausländerrecht entscheidet über Anträge auf Anerkennung als Asylberechtigter das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zimmendorf. Der Bundesrat will, daß davon abweichend in Zukunft die Ausländerbehörden und die Grenzbehörden in bestimmten Fällen Asylanträge ablehnen und die Abschiebung des Asylbewerbers durchführen können. Zwar ist dagegen de jure die Klage zum Verwaltungsgericht gegeben. De facto kann sie nach Abschiebung in der Regel nicht mehr betrieben werden.

Gegen die sofortige Vollziehung der Abschiebung kann der Asylbewerber im sogenannten Eilverfahren nach Paragraph 80 Absatz 5 der VWGO⁺ die Aussetzung der sofortigen Vollziehbarkeit bis zur Entscheidung über die Klage beantragen. Ob eine gerichtliche Entscheidung in einem solchen Eilverfahren der Rechtsweggarantie des Artikel 19 GG genügt, erscheint es aufgrund übereinstimmender Äußerungen von Verwaltungsrichtern, die in Asylverfahren zu entscheiden haben, ob die Verwaltungsgerichte bei Asylbewerbern in einem summarischen Eilverfahren die sofortige Vollziehung der Abschiebung billigen. Nach den Darlegungen der angehörten Verwaltungsrichter muß vielmehr davon ausgegangen werden, daß die Gerichte sich in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wie folgt verhalten: Entweder ordnen sie im summarischen Eilverfahren die aufschiebende Wirkung an, oder sie überprüfen die Entscheidung der Ausländerbehörde auch in der Sache im Einzelnen und mit mündlicher Verhandlung. Dann aber tritt keine Verfahrensbeschleunigung ein, im Gegenteil: Die Gesamtdauer des Verfahrens wird um das Eilverfahren nach Paragraph 80 Absatz 5 VWGO erhöht.

+ Verwaltungsgerichtsordnung



Vor allem aus diesen Gründen wird die Koalition diesen Vorschlägen des Bundesrates nicht zustimmen können. Andererseits ist es richtig, daß in den letzten Jahren der überwiegenden Mehrzahl der Asylanträge das Asyl nicht wegen politischer Verfolgung sondern aus anderen Gründen in Anspruch genommen wurde. Mit Rücksicht darauf ist es gerechtfertigt und geboten, nur eine gerichtliche Instanz zu gewähren, wenn nach Auffassung des erstinstanzlichen Verwaltungsgerichts die Inanspruchnahme des Asylrechts aus asylfremden Gründen offensichtlich ist. Um unnötigen und eine erhebliche Verfahrensverzögerung herbeiführenden Verfassungsbeschwerden zu begegnen, soll in Auswertung des Hearings nach den Vorstellungen der Koalition eine Überprüfung des erstinstanzlichen verwaltungsgerichtlichen Urteils nur möglich sein, wenn dem Verwaltungsgericht ein Verfahrensverstöß nach Paragraph 138 VwGO unterlaufen ist.

Wird das Asyl nicht in offensichtlich unzulässiger oder unbegründeter Weise begehrt, so soll eine Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil nur zulässig sein, wenn darin von der Entscheidung eines Obergerichts abgewichen worden ist, der Fall grundsätzliche Bedeutung hat oder ein Verfahrensfehler nach Paragraph 138 VwGO vorliegt.

Mit dem von der Koalition vorgeschlagenen Asylverfahrensgesetz sind alle gesetzlichen Möglichkeiten zur Beschleunigung der Asylverfahren ausgeschöpft, die rechtsstaatliche verantwortet werden können. In Erinnerung sei gerufen, daß durch die zweite Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung sowie durch das 1. und 2. Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens bereits durchgreifende Beschleunigungsmaßnahmen in Kraft gesetzt worden sind. Die frühere Alleinzuständigkeit des Verwaltungsgerichts Ansbach für Asylverfahren wurde aufgehoben und durch die Dezentralisierung der verwaltungsgerichtlichen Zuständigkeit die gerichtliche Entscheidungskapazität vervielfacht. Auf der Verwaltungsebene ist das Widerspruchsverfahren in Asylsachen abgeschafft worden. Das Bundesamt entscheidet nicht mehr durch mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern besetzte Anerkennungsausschüsse, sondern durch einen einzelnen Bediensteten. Der Asylbewerber hat im Interesse der Verfahrensbeschleunigung im Asylverfahren mitzuwirken und die Nachteile zu tragen, die die Verletzung dieser Mitwirkungspflichten nach sich ziehen. Neben dieser Beschränkung der Rechtsmittel sollen entscheidungsbefugte Außenstellen des Bundesamtes sowie Erleichterungen für die Zustellung von Bescheiden geschaffen werden. Dadurch sollen Leerlaufzeiten im verwaltungs- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren so weit wie möglich ausgeschlossen werden.

Im Hearing des Rechtsausschusses ist wie schon zuvor in einer Anhörung von Sachverständigen durch die Koalitionsfraktionen aber auch zutage getreten, daß derartige Leerläufe, die nach wie vor dadurch vorhanden sind, auch darauf beruhen, daß die mit Asylangelegenheiten befaßten Behörden und Gerichte personell und sachlich nicht ausreichend ausgestattet sind. An die die dafür Verantwortlichen muß erneut appelliert werden, diese bisher ungenutzten Beschleunigungsreserven zu mobilisieren.

Zusammen mit der Verabschiedung des Asylverfahrensgesetzes wird auch einer Legende zu widersprechen sein, nämlich der, daß der ungerechtfertigten Inanspruchnahme des Asylrechts in den vergangenen Jahren nicht entgegengetreten worden sei und die bisherigen Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren ohne spürbare Wirkung geblieben seien.

1980 betrug die Zahl der Asylbewerber rund 108.000, 1981 ist sie auf rund 49.000 zurückgegangen, also um mehr als 50 Prozent. 1980 kamen 6,4 Prozent der Asylbewerber aus Staaten des Ostblocks, 1981 28,9 Prozent und im Januar 1982 41,4 Prozent. Die Hinweise, Asylverfahren hätten 4,5 und mehr Jahre gedauert, stützen sich auf Verfahren aus der Zeit vor 1976, also vor Inkrafttreten der beiden Asylverfahrensbeschleunigungsgesetze. Durch diese beiden Gesetze ist die durchschnittliche Verfahrensdauer bereits drastisch herabgesetzt worden.

In Hamburg ist eine Außenstelle des Bundesamtes eingerichtet worden. Nach einer Pressemitteilung des Hamburger Senats vom 3. März 1982 konnten infolgedessen Asylanträge in der Regel statt bisher in cirka 12 Monaten nunmehr in zwei Monaten im Verwaltungsverfahren entschieden werden.

(-/26.4.1982/hl/ca)

